

(Abgeordneter Dr. Schfert.)

(A) struieren, sondern nur ermessen, welches schweres Opfer es für uns gewesen ist, für diese Steuer einzutreten.

(Sehr richtig!)

Daß man einen Widerspruch feststellen will, kommt uns um so merkwürdiger vor, als gerade die Haltung der Konservativen uns gezwungen hat, dieses schwere Opfer zu bringen.

(Sehr richtig!)

Wir hätten, wenn Sie sich damals mit uns auf die Erbanfallsteuer geeinigt hätten, nicht nötig gehabt, dieses Opfer zu bringen. Wir müssen es ausdrücklich als ein Zeichen starken nationalen Empfindens in unseren Reihen bezeichnen, wenn die Widerstände gegen die Steuer nicht noch schärfer zum Ausdruck gekommen sind als in den einzelnen Stimmen, die hier vorgeführt wurden. Bemessen Sie denn Ihre Kundgebungen, bemessen Sie das, was als konservativ gelten soll, nach dem, was ein einzelner sagt, der auf extremem Standpunkte steht? Lassen Sie denn nicht Ihre offiziellen Parteikundgebungen maßgebend sein? So wollen Sie das auch uns zugestehen!

Der Herr Vizepräsident Opitz leitete das Recht, uns anzugreifen, daraus ab, daß einzelne Stimmen aus unserem Lager nicht einverstanden seien. Waren Sie einig bei der Abstimmung über die Erbanfallsteuer?

(B) (Sehr gut!)

Haben sich nicht die sächsischen Konservativen dem Lande gegenüber dessen gerühmt, daß sie für die Steuer eingetreten sind?

(Sehr richtig!)

Jetzt hören wir kein Wort mehr der Verteidigung der Erbanfallsteuer aus diesen Reihen. Jetzt wird es uns klar, daß, wenn heute die Abstimmung wäre, wahrscheinlich auch die sächsischen Konservativen dagegen stimmen würden.

(Sehr richtig!)

Ich kann und will nicht weiter auf diese Dinge eingehen.

Was war der letzte Sinn der Böhlerschen Anregung? Es war der, daß wir Nationalliberalen uns gegen den hervortretenden Partikularismus wenden. Wenn der Herr Vizepräsident Opitz dem Herrn Reichskanzler tatsächlich die Bedeutung beimißt, die er ihm im Gegensatz zu Niehsche eingeräumt hat, indem er ihn als einen der besten Kenner unserer deutschen Geschichte bezeichnete, als einen, der am tiefsten in die deutsche Politik eingedrungen sei, dann müssen Sie das auch gelten lassen, wenn wir ihn Ihnen gegenüberhalten und sagen: er hat den Partikularismus auf das schärfste bekämpft und sich damit auf den Boden gestellt, auf dem wir stehen.

Wir haben als nationalliberale Partei das ausgesprochene Recht, solche Besorgnisse auszusprechen. Wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, daß in unseren Reihen der Reichsgedanke Jahrzehnte hindurch, ehe das Reich entstand, am lebhaftesten gewirkt hat.

(Sehr richtig!)

Fürst Bismarck hat uns zugesprochen, daß er in erster Linie mit unserer Hilfe das Reich gegründet habe.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie der deutschen Geschichte nachgehen, so werden Sie unsere Besorgnis verstehen; der Partikularismus ist das Verhängnis unseres deutschen Volkes.

Unsere Augen sind in diesen Tagen oft auf die Jahre 1813/14/15 zurückgelenkt worden. In Preußen standen die bedeutendsten Geister an der Spitze der Verwaltung. Warum aber sind diese Jahre so beinahe spurlos vorübergegangen? Weil der deutsche Gedanke nicht kräftig genug war, weil sich im Laufe der Zeit ein einseitiger preußischer Standpunkt in der damaligen Regierung durchsetzte, so daß die Reaktion einsetzte. Das haben wir dann in den Jahren 1848 usw. büßen müssen. Den Kampf gegen den Partikularismus müssen wir mit aller Kraft führen.

Deshalb haben wir bedauert, daß die Regierung in der einen Frage, die in unseren Unterredungen einen so großen Raum eingenommen hat, einen Standpunkt vertreten hat, der den Anstrich des Partikularistischen hatte. Die Regierung hat uns überzeugt, daß sie nicht aus partikularistischen Gründen diesen Standpunkt eingenommen hat, und wir nehmen ihr auch den Standpunkt nicht übel. Aber in dem Augenblicke, wo der Reichskanzler erklärte: es gibt keinen anderen Weg, da war die Sachlage geschaffen, wo auch die Sorge um den hundertjährigen Brauch, von dem der Herr Finanzminister sprach, zurückgestellt werden mußte gegenüber den Notwendigkeiten der Gegenwart.

(Sehr richtig!)

Warum die Regierung das nicht getan hat, hat der Herr Finanzminister uns in seinen letzten Ausführungen gesagt, und er hat als ersten Grund den angegeben, daß er das Vertrauen zur Mehrheit des Reichstages gehabt habe, daß sie trotzdem die Wehrvorlage nicht würde fallen lassen. Meine Herren! Ich unterstreiche dieses Anerkennung des Reichstages;

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

denn es steht in einem wohlthuenden Gegensatz zu den Anschauungen über den Reichstag, die wir eben heute bekämpfen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)